A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

10 Pfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Mittwoch, 12. November 1924.

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 6980—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.55 Gm. in Berlin durch Boten.

Tägliche Rundschau

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 48. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

12. 11. 1924 Nr. 535 10 Pfennig 63. Jahrgang.

Neue amerikanische Botschafter.

Senator Borah für Anerkennung Rußlands

st. **Paris**, 12. 11. (Eigenbericht.)

Man spricht von einem diplomatischen Personenwechsel in den amerikanischen Botschaften von Paris, London und Madrid. Die heutigen Amtschefs sollen zurücktreten und als Ersatz wurden genannt: Charles Warren, ehemaliger Botschafter in Japan, Frank Warren, Führer der Republikaner in der Kammer, und der als offiziöser amerikanischer Beobachter oft genannte Botschafter Child, bereit in Rom.

Asquith ist gestern abend in Paris angekommen. Heute abend 6 Uhr fährt er über Triest nach Aegypten. Bis jetzt gab er kein Interview.

London, 12. 11. Reuter meldet aus New York daß Senator Borah, der wahrscheinliche Nachfolger von Lodge als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats sein wird, in einer Ansprache vor einer Frauenversammlung in Harrisburg erklärte, die Wiederherstellung Europas sei nur möglich, wenn Amerika die russische Regierung anerkenne. Er glaube nicht, daß man zu einer Wiederaufbau Europas ohne Rußland kommen könne, ohne zuvor das russische Problem zu lösen. Senator Borah betonte wiederholt, Amerika würde nicht in den Völkerbund oder in irgendwelche andere politische Bündnis in Europa eintreten.

Washington, 12. 11. (W. T. B.) Präsident Coolidge hat Theodore Robinson-New York zum stellvertretenden Marinesekretär ernannt. Der Sekretär des Arbeitsamts Davis hat Präsident Coolidge mitgeteilt, daß er nach dem 4. März 1925 aus dem Kabinett auszuscheiden beabsichtige.

Vor dem Streikende in Oesterreich.

Wien, 12. 11. (W. T. B.) Die gestern abend beendeten Verhandlungen zwischen der Generaldirektion der Bundesbahnen und den Vertretern der drei Eisenbahnergewerkschaften führten zu einer grundsätzlichen Stellungnahme über einen Vorschlag der Generaldirektion. In diesem Vorschlag gibt die Generaldirektion der Bundesbahnen Dienst vor dem Ausbruch des Streiks gemachten Zugeständnisse für dieses Jahr nicht hinaus, erklärt sich jedoch bereit, für das kommende Jahr in der Frage der Besoldungsreform weitere Zugeständnisse zu machen. Die Vereinbarungen werden den für heute einberufenen Vertrauensmännerversammlungen vorgelegt und, wie es heißt, von den Vertretern der sozialdemokratischen und der christlich-sozialen Eisenbahnergewerkschaft zur Annahme empfohlen werden. Auch die Vertreter der deutschen Verkehrsgewerkschaft, deren Mitglieder in der Mehrheit der nationalsozialistischen Partei angehören, dürften wie aus ihren Kreisen verlautet, keine Schwierigkeiten machen, so daß mit der Beendigung des Eisenbahnerstreks für Mittwoch gerechnet wird. Der Verkehr dürfte jedoch kaum vor Donnerstag früh aufgenommen werden.

Die Militärkontrolle durch den Völkerbund.

Genf, 12. 11. (W. T. B.)

Die jüngste bestandene Militärkommission des Völkerbundes, die sich aus Sachverständigen für Heeres-, Flotten- und Luftschiffahrtsfragen der im Rat vertretenen Staaten zusammensetzt, trat heute unter dem Vorsitz des brasilianischen Admirals Souza Silva zusammen, die sich damitbefaßt mit der Organisation des Investigationsrechts des Völkerbundes in Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien zu beschäftigen haben, d. h. die Militärkommission, aus denen der Völkerbundsrat die militärische Sachverständigenkommission für die Völkerbundskontrolle zu ernennen hat. Außerdem ist es Aufgabe der ständigen Militärkommission in ihrer gegenwärtigen Tagung, sechs von ihren Mitgliedern in die vom Völkerbundsrat im September ernannte Verbindungskommission zu wählen, die gemeinsam mit den zuständigen Völkerbundsorganisationen die Arbeitsweise Arbeiten für die Abrüstungskonferenz und die Wirtschaftsk, Finanz- und Kontrollfragen des Genfer Protokolls einleiten soll.

Auf der am 17. November in Genf stattfindenden allgemeinen Opiumkonferenz wird Deutschland durch den Gesandten von Edardt, den Genfer Generalkonsul Dr. Aschmann und Geheimrat Prof. Dr. Anselmino vertreten sein.

Die Handelsverträge.

st. **Paris**, 12. 11. (Eigenbericht.)

Gestern abend konferierten der Ministerpräsident, der Handelsminister und der belgische Botschafter über den französisch-belgischen modus vivendi, der zwischen den beiden Staaten am 24. Oktober unterzeichnet wurde. Mit dem endgültigen Vertrag will man angeblich bis nach dem Abschluß der deutsch-französischen und deutsch-belgischen Verhandlungen warten, über deren bisherigen Verlauf man sich gestern unterrichtete.

Zürich, 12. 11. (T. U.) Der Präsident der Handelskammer Lübeck, Kaufmann Eschenburg, ist von der Reichsregierung aufgefordert worden, als Sachverständiger an den deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen teilzunehmen.

London, 12. 11. (W. T. B.) „Times" meldet aus Tokio: Nach einer amtlichen Meldung trifft Japan Vorbereitungen, um Verhandlungen mit Deutschland wegen des Abschlusses eines Handelsvertrages zu eröffnen. Der Vertrag soll auf der Grundlage der Meistbegünstigung beruhen, um den gleichen Zustand wiederherzustellen, wie er vor dem Kriege bestand.

Eisenbahnunglück bei Bruchsal.

In der Nacht zum 12. November entgleisten beim Bahnhof Bruchsal 7 Wagen eines Eilgüterzuges mit Personenbeförderung. Passagiere wurden nicht verletzt, doch erlitt ein Schaffner so starke Verletzungen, daß er noch in der gleichen Nacht im Bruchsaler Krankenhaus starb. Der nachfolgende Schnellzug mußte umgeleitet werden, indes ist die Verkehrsstörung bereits wieder behoben.

Zusammenkunft Baldwin-Herriot.

Um die Räumung der britischen Zone.

mrk. **London**, 12. 11. Eigenbericht.)

Die Ergänzungswahlen des Kabinetts, die jetzt 22 Ernennungen entsteht, bringt keine wesentliche Veränderung. Zudiff der neuernannten Minister zweiten Ranges gehörten bereits der letzten Regierung Baldwin an. Die übrigen Ernennungen waren mehr oder weniger vorauszusehen. Auch der Unterstaatssekretär Mac Neil hat dieses Posten bereits bekleidet. Dasselbe gilt von den Unterstaatssekretären im Innen-, Kolonial- und Indien-Ministerium. Die Ernennung des neuen Postministers Mitchell Thomson wird sehr beifällig aufgenommen. Man hofft, daß dieser bisher recht vernachlässigte Posten eine seiner Bedeutung entsprechende Besserung erfahren hat. Der Transportminister Ashley war schon als parlamentarischer Sekretär in diesem Ministerium tätig. Bemerkenswert noch, daß der neue Vorsteher des überseeischen Handelsdepartements, Samuel, mit englischen Handelskommern in engster Fühlung steht. Kommenden Freitag und Montag wird der neue Außensekretär Chamberlain die auswärtigen Botschafter bzw. Konsuln empfangen.

Die

Programmrede Baldwins

wird erst heute von der Presse kommentiert. Das Echo ist durchaus günstig. „Daily Telegraph" meint, es könne vielleicht in Deutschland verstimmt haben, daß noch immer ein Unterschied gemacht werde zwischen dem Verhältnis Englands zu den übrigen Mächten und zu Deutschland, wozu jedoch keinerlei Anlaß vorhanden sei. Wenn von allen Seiten nähere Mitteilungen über die

Räumung der britischen Zone

von Köln erwartet worden seien, so sei die Schweigsamkeit damit zu erklären, daß England erst abwarten wolle, in welcher Weise Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen nachkomme. Diese Erklärung ist natürlich nicht ernst zu nehmen, da jeder Sieger weiß, daß Deutschland militärisch erledigt ist. Bedeutsam scheint sich die Angelegenheit für Verhandlungen mit Herriot offen zu halten. Man bespricht in englischen offiziellen Kreisen die Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen Herriot und Baldwin. Eine solche Zusammenkunft würde aber erst nach Eröffnung des Parlaments erfolgen.

Eine solche Zusammenkunft Herriots mit Baldwin wird der interalliierten Konferenz, die sich gegen Ende des Jahres mit der Frage der Räumung der Kölner Zone durch die Engländer zu befassen hat, wird wohl ohne Zweifel auftreten können, daß ist sicher über den Kopf der Kölner Bevölkerung hinweg. Jedenfalls dürfte der neugrünnische Botschafter in London, der sich, wie verlautet, vorher seinen Pflichten entziehen haben. Im allgemeinen wird der Ausfassung der Hoffnung, der preußen Baldwin und Herriot über den englischen Botschafter in Paris, Lord Crewe, stattgefunden hat, als ein günstiges Vorzeichen für die weitere Entwicklung der französisch-englischen Beziehungen angesehen. Erhöht wird dieser günstige Eindruck dadurch, daß in London verlautet, die französischen Diplomaten bemühten sich ganz besonders, eine Einigung mit England in den Orientfragen herbeiführen. Als Beweis dafür werfen das Gerücht verbreitet, Frankreich wolle demnächst Franklin Bouillon als Botschafter nach Angora zu entsenden. Eine Bestätigung dieses Gerüchts liegt bis zur Stunde nicht vor.

Baldwin-Begeisterung in Paris.

st. **Paris**, 12. 11. (Eigenbericht.)

Die überaus freundlichen Worte, welche Baldwin für seinen französischen Kollegen gleich bei der ersten Gelegenheit gefunden hat, bilden die Sensation des Tages. Die Regierungsblätter, besonders „Paris Soir", „Quotidien" und „Ere Nouvelle" genießen einen großen Triumph. Die Rech-Presse ist der Lage gegenüber befangen. Der ständige Korrespondent des „Echo" vermutet eine Intervention des Pariser Botschafters Crewe, um den üblen Eindruck zuzumachen, den die angeblichen Bemerkungen Chamberlains über den Grafen von Saint Aulaire gemacht haben. Bekanntlich ist die Ersetzung des Grafen durch den neuen französischen Gesandten in Peking bereits bei dem gestrigen Diplomatenschaus vorgesehen.

Ein Regierungsblatt stellt sarkastisch fest, Millerand werde also nicht wie ein gewisser bonapartistischer Prinz (gemeint ist Prinz Napoleon) nach Paris zurückkehren, wieder eingesetzt werden. „Journal des Debats" findet für Baldwin die nahelegende Erklärung: Den Dawes-Plan habe eigentlich Baldwin mit Poincaré und den Experten erfunden, und vorher Herriot noch Mac Donald waren seine Väter oder Pateen.

Allgemein bejubelt wird Baldwins Festhalten an den Verträgen. Das sei ein großer Gegensatz zu den „verdrießlichen" Bemerkungen seines Vorgängers über Oberschlesien, wie „Journal" schreibt. Das Verhalten Baldwins zu Genf wird Herriot entgegen, und die heute in Genf im Hinblick auf die Abrüstungskonferenz zusammengetretene Kommission des Völkerbundes wird sich einigermaßen gedulden müssen.

Auf einem Gebiete hat Baldwin sein Wort gesprochen: auf dem Gebiete der Schuldenfrage. Man tröstet sich damit, diese Frage werde auf der interalliierten Konferenz zur Sprache kommen, die im Dezember in Paris geplant ist. Sief oll die Sis dahin von den Sachverständigen gleichzeitig Arbeit der Verteilung der Ruhr- und Dawes-Summen vorsehen, und sie wird weiter wegen Köln und der deutschen Entschädigung zu entscheiden haben. Vorher soll eine Zusammenkunft Baldwins und Herriots stattfinden. Bis dahin wird aber auch das gegenwärtig interessanteste Ereignis der Tagesgeschichte geklärt sein, das Rätsel der deutschen Wahlen vom 7. Dezember.

Schweres Unglück auf der Bahnstrecke Paris-Bordeaux.

Auf der Eisenbahnlinie Paris—Bordeaux hat sich Dienstag nachmittag ein schweres Unglück zugetragen. Ausflügler, die längs des Schienenstrangs Aufstellung genommen hatten, waren so sehr in den Anblick von Flugzeugvorführungen vertieft, daß sie nicht das Herannahen des Expreßzuges bemerkten. Vier Personen, darunter drei 14jährige Mädchen, wurden von Zug erfaßt und getötet, ein anderes 13jähriges Mädchen erlitt schwere Verletzungen.

Europarefse Ismet Paschas.

Die Bekämpfung der neuen Oppositionspartei.

mrk. **London**, 12. 11. (Eigenbericht.)

Ismet Paschas Gesundheitszustand veranlaßt ihn, einen längeren Aufenthalt in Europa zu nehmen. Sein Platzhalter dürfte Fethi Bey oder der Minister des Innern Refeck werden.

Die ersten Zeichen der Zersplitterung der türkischen Volksparteiz machen sich in der außerordentlichen Tagung von Montag bemerkbar. Wie wir bereits meldeten, beabsichtigt die Opposition, ihrer neuen Partei den Namen Republikanische Partei zu geben. Ihr ist unmittelbar die Volkspartei gekommen, indem sie beschloß, sich im Zukunft Republikanische Volkspartei zu nennen. Offensichtlich will die Regierungspartei der Opposition damit die erste Schwierigkeiten bereiten.

Hand in Hand mit der Namensänderung stellte die Volkspartei neue Bestimmungen über die Partei-Disziplin auf. In Zukunft sind Interpellationen ihrer Mitglieder nur nach vorheriger Verständigung mit ihrer Parteileitung erlaubt. Offentliche Ausführungen, die sich gegen die Parteiprinzipien oder Beschlüsse richten, sind den Mitgliedern verboten. Streitigkeiten unter den Mitgliedern werden durch ein Ehrengericht entschieden.

Paris, 12. 11. (W. T. B.) Die Eisenbahngesellschaft Damaskus-Hamar, deren Aktien zum größten Teil in französischem Besitz sind, hat beim deutsch-französischen gemischten Schiedsgericht eine Klage auf etwa 140 Millionen Franken Schadenersatz wegen angeblicher Zerstörung der von der Gesellschaft in Syrien während des Krieges betriebenen Linien eingebracht. Das Urteil ist gestern gefällt worden und weist die Eisenbahngesellschaft mit ihren Ansprüchen ab. Als Grund hierfür wird u. a. angeführt, daß die von der Klägerin angestellenen Nachnahmen nicht von der deutschen Regierung, sondern von der türkischen Regierung getroffen wurden. Der Versailler Vertrag enthält keine Bestimmungen, die Deutschland auf Grund dieser Tatsachen eine Schadenersatzverpflichtung auferlegen können.

MacDonald auf Reisen geschickt.

London, 12. 11. (T. U.)

Der Vollzugsrat der Arbeiterpartei beschloß, um die Spaltung in der Arbeiterpartei nicht zu begrößern, Mac Donald weiter als Führer zu behalten, doch gleichzeitig wurde beschlossen, daß der Gesamtvorstand bei der einzelnen Parlamentssitzungen lange Reisen notwendig mache. Daher wird man in etwa 14 Tagen Mac Donald auf eine Reise durch Südamerika schicken, die etwa drei Monate beanspruchen dürfte. Es heißt, man habe Mac Donald ernst das Vertretenmüssen abgenommen, seine Entschuldungen zu treffen, ohne die anderen Führer wie Snowden, Henderson, Clynes und Thomas zu Rate zu ziehen. Während der Abwesenheit Mac Donalds wird Snowden als stellvertretender Parteiführer amtieren.

Der Vollzugsrat beschloß ferner, die Anfügung schließung der Partei zu beantragen, verschiedene politische Pläne zu entwerfen, und war unter Beifall einstimmig der Frage, ob die Arbeiterpartei mit den Liberalen zusammengehen soll. Ferner wurde beschlossen, sofort sich sämtlicher kommunistischen Elemente zu entledigen. Die Gewerkschaftsgruppe wird jetzt eine ausgedehnte Propaganda einleiten, um den Industriekampf in andere Bahnen zu lenken.

Die durchgefallenen Liberalen.

London, 12. 11. (W. T. B.) „Daily News" meldet, daß in den Angelegenheiten der liberalen Partei eine unerwartete Wendung eingetreten ist. Gestern bleiben, unter Führung von Brunsli, die bei den Wahlen unterlegenen liberalen Kandidaten eine Versammlung ab, deren Zweck es war, Verfehrungen zu treffen, die es den unterlegenen Kandidaten ermöglichen sollen, in ihrer Gesamtheit die künftige Leitung der Partei zu beeinflussen. Auffällig an dem Vorgehen scheint zu sein Tatsache gewesen zu sein, daß die unterlegenen Kandidaten zu der Versammlung am Montag, in welcher Asquith sprach, nicht eingeladen waren.

Die Favoriten des Auslandes.

fr. **Mailand**, 12. 11. (Eigenbericht.)

Die „Tribuna" bringt einen Leitartikel, der in sentimentaler Weise das Schicksal des deutschen Volkes beklagt. Die Siegerstaaten hätten unrecht gehabt, das deutsche Volk so zu peinigen, denn dadurch hätten sie es in die Arme des Kaisers und des Militarismus zurückgetrieben, statt es zu den Segnungen des Friedens und der Demokratie zu führen, und sollte man endlich mit dieser Politik Schluß machen, es sei noch nicht zu spät.

Wir glauben und wissen, daß die „Tribuna" immer von Wohlwollen für Deutschland überzeugt ist. Ihre Verschiedenheit von Mussolini beweist das ja schon deutlich. Ihr selbstloser Eintritt für die deutsche Demokratie vor den Wahlen gehört natürlich in dasselbe Fach.

Der gestrigen Versammlung der parlamentarischen Mehrheit wohnten die Minister, die Unterstaatssekretäre und fast alle Abgeordneten der Mehrheit bei. Ferner waren die Kriegsversuchsmitteln vollzählig vertreten, während die Mitglieder der Kriegsteilnehmervereinigung gänzlich fehlten. Der Leiter des „Giornale d'Italia", Bertoni, erklärte den Zeugen des Faschistenführers Farinacci, welche ihm die Forderung zum Zweikampf überbrachten, daß er Farinacci wegen seiner ganzen Haltung nicht als Gentleman betrachten könne; denn Offizier zu sein und Sabel seien zwei unvereinbare Wahrheiten. Diese Erklärung gab er schriftlich den beiden Zeugen ab.

König Alis Marsch auf Mekka.

Kairo, 12. 11. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Port Sudan sind Truppen des Hedschas auf dem Vormarsch gegen Mekka und hoffen, den Wahhabiten die Stadt binnen kurzem wieder abzunehmen. König Alis Truppen haben bereits sämtliche strategischen Zugänge zu der Stadt besetzt.

Der albanische Grenzstreit.

Blutige Zusammenstöße mit Montenegro.

Belgrad, 12. 11. (W. T. B.)

Die „Pravda" meldet den Ausbruch von Kriegsunruhen zwischen Montenegro und Albanien. Die Ursache sei die Ermordung eines montenegrinischen Kreispräsidenten. Albanische Banden und mehrere tausend Montenegriner marschierten in Richtung Bielopolje Berana. Die Bevölkerung um den Sandschak seien abgebrochen. Beiderseits seien zahlreiche Tote zu verzeichnen. Aus Ipet seien Truppen abgegangen, um die Ruhe wiederherzustellen.

Die neuerliche Eisenbahnstrecke Bele—Gritz in Mazedonien ist in Gegenwart des Königspaares eröffnet worden.

Eine amtliche Erklärung besagt, von der Aufnahme von vier Kroaten in das zurückgetretene Kabinett Davidovitch und von dem Empfange des Ersten Vizepräsidenten des Parlaments, Dr. Maschek, durch den Königs habe Abstand genommen werden müssen, weil Raditsch offen seine Beziehungen zu den Bolschewisten zugestanden und Dr. Maschek dem früheren Ministerpräsidenten Davidovitch selbst erzählt habe, daß er, Maschek, meinend nach Wien gereist sei, nur um mit der dortigen bolschewistischen Gesandtschaft in Fühlung zu treten.

London, 12. 11. Reuter meldet aus Athen: In Nawalla kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Kommunisten. Hierbei wurde ein Leutnant getötet, ein Offizier und 15 Soldaten verwundet.

Sofia, 12. 11. (W. T. B.) Mehrere Personen drangen in einer griechische Wirtschaft in Stanimaka ein und töteten drei Personen, darunter eine Frau. Darauf ergriffen sie die Flucht und entwaffneten unterwegs einen Gendarm, der ihnen begegnete. Es sind energische Maßnahmen zur Verhaftung der Verbrecher getroffen worden. Eine Schwadron Kavallerie ist zur ihrer Verfolgung abgesandt worden.

*

Trotzdem Albanien bereits seit 1920 Mitglied des Völkerbundes ist, sind seine Grenzen noch nicht festgestellt. Im Oktober 1921 trat der Völkerbund die Entscheidung hierüber an die Botschafterkonferenz ab, die sich mit der Einsetzung einer „gemischten Kommission" beschäftigte. Eine Folge dieser Verschleppung sind die dauernden montenegrinisch-albanischen Grenzfälle, die jetzt zu einem ernsten Konflikt geführt zu haben scheinen.

Neue Einberufungen in Spanien.

Paris, 12. 11. (W. T. B.) Havas meldet aus Madrid: Ein Kommuniqué der Regierung teilt mit, daß die Jahresklasse 1921 unter den Fahnen gehalten, die Jahresklasse 1924 einberufen wird, um die Operationen in Marokko fortsetzen zu können.

Madrid, 12. 11. (W. T. B.) Der stellvertretende Präsident des Direktoriums hatte eine lange Unterredung mit dem französischen Botschafter. Die Madrider Polizei nahm verschiedene Verhaftungen vor. Nach Marokko wird amtlich gemeldet, daß die Operationen durch Regenfälle und unausgesetzte feindliche Angriffe, die bedeutende Verluste zur Folge gehabt hätten, erschwert würden. In übrigen machten die Ausführungen des Planes des Oberkommandos Fortschritte.

Paris, 12. 11. (T. U.) Dem „Journal" wird aus Madrid gemeldet, daß gestern neue Verhaftungen in einem Linksfreien Lokal vorgenommen wurden. Insgesamt sind bisher 80 Personen festgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Radikale Alvarez, dem Beziehungen zu den anarchistischen Verschwörern nachgewiesen werden konnten.

Hafenarbeiterstreik in Holland.

Amsterdam, 12. 11. (W. T. B.) In einer Versammlung der Vertrauensleute der niederländischen Transportarbeiter-Föderation wurde ein 24stündiger Streik der Hafenarbeiter in Amsterdam und Umgebung beschlossen, der gestern früh einsetzte. Bei der Holland-Amerika-Linie liegt die Arbeit teilweise still. Es handelt sich um einen nicht organisierten Proteststreik wegen angeblicher Weigerung der Arbeitgeber, in Verhandlungen über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzutreten. Der Zentralvorstand der Transportarbeiter hat sich gegen den wilden Streik ausgesprochen.

Zur Hundertjahrfeier der Niederländischen Rettungsgesellschaft für Schiffbrüchige fand gestern im Ministerzaal im Haag ein Empfang statt, bei dem u. a. Ministerpräsident de Ruyter de Wildt und Minister von Swaay Ansprachen hielten.

Melbourne (Australien), 11. 11. Der Bergmannstreik ist eine größere Ausdehnung genommen. Die Reeder verweigern die Annahme von Lohnungen und stellen bereits ausgestellte Lohnungsformeln ihren Beamten wieder zurück. Der Aufruf von australischen Artikeln ist bereits ein fast völliger Stillstand eingetreten.

Kurze Nachrichten.

Wien, 12. 11. Der Bundespräsident hat dem Minister a. D. Franz Klein, dem Polizeipräsidenten Schober und dem Minister a. D. Weisskirchner das große goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Oesterreich verliehen.

Prag, 12. 11. Im Bundesausschuß sagte Prof. Dr. Schütz, nach der neuesten Statistik gebe es 340 000 Staatsangestellte, d. h. 30 Prozent mehr, als Oesterreich hatte. Es wären 140 000 Beamte zu viel. Der Staat könne sich einen Abbau nicht entziehen.

London, 12. 11. Die brasilische Station von Cullercoats (Northumberland) meldet, daß der amerikanische Dampfer „Governor", 4587 Tonnen, gestrandet ist und drahtlos um Hilfe gebeten hat.

London, 12. 11. Nach einer Neuvermeldung aus Mexiko hat der Minister des Heußern Conzy erklärt, er erkläre unpflichtet, daß durch Vermittlung Amerikas Schritte zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu England eingeleitet werden.

Washington, 12. 11. Die Frage der zukünftigen Verwendung des Luftschiffes „Z. R. III." hat eine neue Wendung genommen. Es ist angenommen, daß Aufschiff zum regelmäßigen Pendelverkehr zwischen New York und London zu verwenden.

Sachlieferungen an Griechenland.

Holzhäuser zur Unterbringung der Flüchtlinge.

Athen, 12. 11.

Der deutsche Gesandte in Athen, Herr v. Schoen, hat nach der Uebereinigung eines Begleitungsschreibens einem Mitarbeiter der dem griechischen Ministerpräsidenten Michalokopulos nahestehenden Zeitung „Eleftheros Typos" ein Interview gewährt. Deutschland sei einer der besten Käufer des wirtschaftlichen griechischen Exportartikels, des Tabaks. Durch das vor kurzem abgeschlossene deutsch-griechische Handelsabkommen sein die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern wieder auf eine feste Basis gestellt worden, und man könne hoffen, daß das Abkommen in gleichem Maße den Interessen beider Länder dienen werde.

Auch an der Lösung des in Griechenland so wichtigen und schwierigen Flüchtlingsproblems nehme Deutschland großen Anteil. Bekanntlich ermögliche es der Dawes-Plan, daß Griechenland von der deutschen Industrie sofortiges Holzhäuser für die Unterbringung der Flüchtlinge beziehe. Es sei gelungen, eine Regelung zu finden, die schon vor der allgemeinen Wiederaufnahme der Sachleistungen den Beginn der Lieferungen zugunsten der Flüchtlinge gestattet habe. Es sei um so erfreulicher, daß auf diese Weise auch Deutschland einen namhaften Beitrag zu dem bedeutsamen Hilfswerk leisten könne, als auch Griechenland der deutschen Not gegenüber seinerzeit nicht teilnahmslos gestanden sei, indem das griechische Rote Kreuz vor einem Jahr an der allgemeinen Hilfsaktion des Internationalen Roten Kreuzes in Genf sich beteiligt hat.

Zum Schluß hervorgehoben der deutsche Gesandte als seine vornehmste Aufgabe, zwischen Deutschland und Griechenland eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen und dadurch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu fördern.

Die Gehaltsverhandlungen.

Am Dienstag, dem 18. d. M., finden im Reichsfinanzministerium Besprechungen mit den Vertretern der Beamten und der Gewerkschaften über Gehalts- und Lohnfragen statt.

Wie aus Gewerkschaftskreisen mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen, die in den letzten Tagen in Berlin bei der Reichsbahngesellschaft über eine Erhöhung der Löhne der Bahnarbeiter und des Tarifvertrages geführt worden sind, am Dienstag zu einem Abschluß gekommen. Die Verhandlungen haben das Ergebnis, daß die Löhne im niedrigsten Lohngebiet (Osten) um etwa 125 % und im höchsten Lohngebiet (Westen) um etwa 6 % erhöht worden sind. Die Organisationen der Eisenbahnarbeiter haben diesem Ergebnis zugestimmt. Damit dürfte die Gefahr eines Eisenbahnarbeiterstreiks als beseitigt gelten.

Auch bei der Reichspost haben in Berlin weitere Besprechungen über die Erhöhung der Löhne stattgefunden. Die Reichspostverwaltung erklärte sich gleichfalls zu einer Erhöhung der Löhne bereit, behält sich aber ihre endgültige Stellungnahme vorläufig noch vor. Es ist damit zu rechnen, daß das bei der Reichsbahngesellschaft erzielte Ergebnis sowohl auf die Arbeiter bei der Reichspost als auch bei den übrigen Reichsverwaltung übertragen werden wird.

Im Laufe des Mittwoch sind die Organisationen der Reichsbeamten in Berlin zusammengetreten, um zu der kommenden Erhöhung der Beamtengehälter Stellung zu nehmen. In Kreisen der Beamtenorganisationen nimmt man an, daß die Erhöhung der Beamtengehälter entsprechend den Lohnerhöhungen bei der Reichsbahn nicht mehr als 10 % betragen wird.

Dr. v. Raumer in Frankfurt.

sw. **Frankfurt a. M.**, 12. 11. (Eigenbericht.) Aber die unsere Politik beherrschenden Wirtschaftsfragen sprach gestern Reichsminister a. D. Dr. Raumer in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei. Er behandelte vor allem die große Frage, die die Massen beherrschende: Sollen die Deutschnationalen in Zukunft in der Regierung mitarbeiten oder nicht? Er wies auf die Schwierigkeiten hin, in die sich diese Partei dadurch gebracht hätte, daß sie zuerst das Danegesetz und ein gewisses Verfassungsbeschlußnote und dann sich auf den Boden des Gutachtens stellte. Nachdem sie es aber getan habe, erforderten es schon die Grundsätze des Parlamentarismus, daß man sie nicht ausschließe. Auch die politische Vernunft erfordere dies, denn die uns bevorstehenden Aufgaben seien ohne die Deutschnationalen einfach nicht zu lösen. Hierzu gehöre vor allem der Wiederaufbau der Landwirtschaft, auch die Steuerreform und die Zoll- und Handelspolitik erfordern eine Zusammenarbeit zwischen Industrie und Landwirtschaft. Aehnlich wie Reichsminister Dr. Geßler wies der Redner darauf hin, daß man jetzt nicht desselben Fehler machen dürfe, an dem der alte Reichstag gegangen sei. Grundsätzlicher Ausschluß einer Partei von der Mitverantwortung. Dem Einwurf, daß die Deutschnationalen monarchistisch seien, wies der Redner nach, daß sie sich ja ausdrücklich auf dem Boden der Verfassung gestellt hätten und daß dies ein ungeheurer Gewinn für die Welt des Staates sei.

Die Verfassung sei nicht als unabänderlich zu betrachten, sie sei ein Versuch, der nicht in allen Teilen geglückt sei; z. B. sei es nicht gelungen, das Verhältnis zwischen Ländern und Reich richtig zu gestalten. Es sei eine wichtige Aufgabe, die Verfassung so fortzuentwickeln, wie es die Volkes erfordere. Der Frage der Staatsform sei für die Bedeutung des Volkseinheitlichen Willens nicht in erster Linie maßgebend, wie England und Italien bewesse.

Zur Aufwertungsfrage erklärte Herr v. Raumer, sie juristischen und logisch-juristischen Wege könne die Aufwertung kaum erfolgen, sondern wahrscheinlich nur auf sozialem.

ku. **München**, 12. 11. (Eigenbericht.) Der Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtags hat einen völkischen Antrag, den Juden die Zulassung zu genehmigungspflichtigen Handelsunternehmungen zu entziehen, abgelehnt.

Volksgeist und Sanierung.

Von unserm Berichterstatter.

kbg. **Wien**, 9. November.

Die Regierung Seipel-Frank hat durch ihre Demission dem Inland und Ausland ein Notsignal gegeben: die Sanierung Oesterreichs erscheint gefährdet! Diese Demission in spätester Nachtstunde, äußerlich unkundigen an Uhr Kraft getretenen Eisenbahnerstreik, steht als Tatsache hinter weiter zurückliegenden innerpolitischen Vorgängen und Menetekel vor noch kommenden. Die Regierung hat streng umschriebene Wirkungsmöglichkeiten, ist in allem Willen an das Sanierungsprogramm gebunden und in allem Können und Gelingen von ihren beschränkten Machtmitteln und mehr noch von ihrer Geschicklichkeit und den Volksgeist zu wirken und ihn für sich zu gewinnen, abhängig. Es geschieht sein dem Bestand des neuen Oesterreich zum erstenmal, daß ein Kanzler zum Prüfstein gegen einen Streik, dessen das neue Oesterreich schon so viele gesehen hat, sein Mandat zurücklegt und vor aller Welt bekennt, daß er damit gegen den Geist anzukämpfen suche, der sich in diesem Streik ausdrückt und der, wenn er nicht erstickt werden könnte, sein Sanierungswerk völlig entwurzeln müßte.

Die Lohnforderungen der Eisenbahner sind der Vorläufer einer Riesenwelle von Lohnforderungen, welche Staat und Wirtschaft in Oesterreich in einem Augenblick bedrohen, in dem die finanzielle Minderung das erstelle staatliche und wirtschaftliche Problem ist. Den Lohnverhandlungen mit den Eisenbahnern sollen schon demnächst Lohnverhandlungen mit den übrigen Bundesangestellten folgen, und auch die Privatwirtschaft soll trotz Krise und Geschäftslosigkeit allüberall Lohnforderungen vor sich. Dadurch erlangten nun der Geist, in dem die Verhandlungen mit den Eisenbahnern geführt werden und das Ausmaß der Bewilligungen besondere Bedeutung. Ueberdies aber kommt der Frage der Personalpolitik bei den Bundesbahnen, aus dem Grunde erhöhte Bedeutung zu, weil die Bundesbahnen gewissermaßen das Kernstück der ganzen Sanierung Oesterreichs bilden, die Bundesbahnen sind, um sie finanziell und organisatorisch nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen führen zu können, juristisch in die Form eines „selbständigen Wirtschaftskörpers" gebracht worden und müssen nun entweder eine defizitlose Wirtschaft erreichen oder aber, wenn dies nicht gelingen sollte, aus dem Staatsverbande abgetrennt und der Privatwirtschaft, vielleicht auch einem ausländischen Konzern, überlassen werden. Die Sanierungsarbeit bei den Bahnen, deren Leiter, Ministerrat Günther, sich auf eine jahrzehntelange erfolgreiche industrielle Tätigkeit berufen kann, ist ein gut Stück vorwärtsgebracht worden. Arbeiter und Angestellte haben ihre nachbetriebenen Interessen in der Förderung der Sanierungsarbeit gesehen. Ihre Lohnforderungen sind auch nicht prinzipieller Ähnlichkeit begegnet, weder bei der Bahnverwaltung noch bei der Oeffentlichkeit. Erst das Hervortreten des politischen Charakters des Lohnkampfes hat Widersinnigkeit und Widersinnigkeit ausgelöst und diese Widersinnigkeit um so berechtigter, als es zweifellos feststeht, daß nicht ein Existenzkampf, sondern ein Machtkampf vorliegt, der wegen seiner möglichen Folgewirkungen auf den Gesamtstaat schärfste Abwehr herausfordert. Als Wortführer der Eisenbahner treten drei Gewerkschaften auf: als stärkste die sozialdemokratische, als zweitstärkste die beiden Verkehrsgewerkschaft, an dritter Stelle sieht die christlich-zialer Gewerkschaft. Es schien die Möglichkeit gegeben, den Eisenbahnern Zugewährungen im Ausmaß von 47 Millionen, vielleicht auch etwas mehr zu machen, womit sie ungefähr 50 Prozent ihres Mehraufwandes infolge der Teuerung in den letzten Monaten zu bestreiten vermocht hätten. Die deutsche Verkehrsgewerkschaft ging aber mit ihren Forderungen so weit bereits für das Jahr 1925 gleichzeitigen zu fordern, die auch bei oberflächlicher Schätzung — und angesichts einer wenig ausschärfsichen Konjunktur der Bahnen — eine Belastung von fast 200 Millionen bedeuten und damit die Bahnen gleich in die ärgste Defizitwirtschaft geführt hätten. Die sozialdemokratische Gewerkschaft hat in Anerkennung des Epochemachenden der deutschen Gewerkschaft, die in der Hauptsache Beamte umfaßt, in den Forderungen den Vorrang gelassen, um nur überhaupt die Stimmung zu vorbereiten, sich auf die Forderungen der Beamten im letzten Augenblick zu eigen gemacht, weil man der Konkurrenz den Mitgliederzuwachs nicht allein überlassen wollte und weil es überhaupt ausgeschlossen ist, das politische Konzept der Gewerkschaft paßte, die Regierung, die im Parlament schwer unter der verschärften sozialdemokratischen